



## Polizei zwischen den Fronten

**Köln, Duisburg, Dortmund – gleich dreimal ist die nordrhein-westfälische Polizei in den vergangenen Wochen bundesweit in die Schlagzeilen geraten, weil Politiker von ihr etwas fordern, was die Polizei nach dem Grundgesetz nicht sein darf und was die Polizisten nicht sein wollen: eine politische Polizei, die nach Opportunitätskriterien entscheidet, wer in Deutschland öffentlich für seine politischen Ziele demonstrieren darf und wer nicht.**

In Köln entzündete sich der Streit am Anti-Islam-Kongress der rechtspopulistischen Vereinigung „Pro Köln“, der Ende vergangenen Jahres wegen zu wenig verfügbarer Polizeikräfte vorzeitig abgebrochen werden musste, und dessen zweiter Anlauf am 9. Mai trotz eines Großaufgebots von mehr als 5000 Polizeibeamten wegen Sicherheitsbedenken nur auf der rechten Rheinseite stattfinden konnte. In Duisburg hatte Anfang des Jahres der so genannte Flaggenstreit sogar weltweit für Schlagzeilen gesorgt. Polizeibeamte hatten während einer pro-palästinensischen Demonstration zwei israelische Fahnen in einer unmittelbar am Demonstrationsweg gelegenen Wohnung entfernt, weil sie darin die einzige Möglichkeit gesehen haben, eine sonst nicht mehr abwendbare Eskalation der Gewalt mit Schwerverletzten und möglicherweise Toten zu verhindern. Innenpolitiker aller im Landtag vertretenen Parteien hatten daraufhin die Duisburger Polizei massiv kritisiert. Für sie war das gewaltsame Entfernen der beiden israelischen Fahnen ein „Anschlag auf die Verfassung“, ein „schwarzer Tag für die Demokratie“.

Als drei Monate später, am 30. April, dem Innenausschuss ein von Innenminister Ingo Wolf (FDP) in Auftrag gegebenes unabhängiges Gutachten des Bielefelder Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Jürgen Vahle übergeben wurde, schwenge die gleichen Politiker, obwohl Vahle in seinem Gutachten zu dem Ergebnis gekommen war, dass das seinerzeitige Verhalten der Duisburger Polizei alternativlos gewesen ist. Ein Appell der GdP, sich bei den Duisburger Polizeibeamten für deren ungerechtfertigte Vorverurteilung zu entschuldigen, blieb ungehört.

Dabei hatten die Duisburger Polizeibeamten nur das gemacht, was nur wenige Monate zuvor von den gleichen Poli-

kern öffentlich beklatscht worden war: Sie waren – wie zuvor bereits in Köln – gegen den so genannten Nichtstörer vorgegangen, um eine sonst nicht mehr abzuwendende Eskalation der Gewalt zu verhindern. Eine Maßnahme, die das Polizeirecht ausdrücklich vorsieht. In Duis-

burg war die Polizei gewaltsam in eine am Demonstrationsweg gelegene Wohnung eingedrungen, weil sie für eine andere Handlungsoption nicht genügend Kräfte zur Verfügung hatte. Den rund 10 000, zum Teil gewaltbereiten Demonstrationssteilnehmern standen nur 280 Polizeibeamte gegenüber. An der kritischen Einsatzstelle selbst war es nicht mehr als ein gutes Dutzend. Das gleiche Prinzip, wie in Köln: Dort hatte sich die Polizei

trotz starker Kräfte außer Stande gesehen, den Anhängern der offen ausländerefeindlich agierenden „Pro Köln“-Bewegung den Weg zum Versammlungsort durch die Sitzblockade der Gegendenmonstranten frei zu räumen. Anders die Situation in Dortmund: Dort haben 400 gewaltbereite Rechtsextremisten den friedlichen 1.-Mai-Umzug des DGB angegriffen, ein bislang einmaliger Vorfall in Deutschland. Der örtliche DGB-Vorsitzende Eberhard Weber hatte daraufhin der Polizei vorgeworfen, Hinweise nicht ernst genommen zu haben, nach der die Rechtsextremisten, die ursprünglich vom Dortmunder Haupt-



Foto: Jörg Jansen

**Immer wieder hat die GdP-Spitze bei den politisch heiklen Einsätzen der vergangenen Monate die Einsatzkräfte der Polizei vor Ort besucht. Während des Kölner Großeinsatzes beim Anti-Islam-Kongress haben sich Frank Richter und Peter Hugo auch von Polizeipräsident Klaus Steffenhagen über die aktuelle Situation informieren lassen.**

burg war die Polizei gewaltsam in eine am Demonstrationsweg gelegene Wohnung eingedrungen, weil sie für eine andere Handlungsoption nicht genügend Kräfte zur Verfügung hatte. Den rund 10 000, zum Teil gewaltbereiten Demonstrationssteilnehmern standen nur 280 Polizeibeamte gegenüber. An der kritischen Einsatzstelle selbst war es nicht mehr als ein gutes Dutzend. Das gleiche Prinzip, wie in Köln: Dort hatte sich die Polizei

bahnhof zu einer Demonstration in Siegen aufbrechen wollten, in der Stadt bleiben könnten. Für die GdP sind die Vorwürfe unbegründet. Unmittelbar nach dem Überfall auf die Mai-Demo des DGB hatte der GdP-Landesvorsitzende Frank Richter darauf hingewiesen, dass sich in Dortmund Polizeibeamte, die ohne Schutzkleidung die DGB-Demonstra-

→ Seite 2





Foto: Volker Zierhut

**Auch am Rande des Essener CDU-Parteitags war der Kölner Großeinsatz wegen des Anti-Islam-Kongresses ein Thema. Frank Richter und Peter Hugo informierten Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und Innenpolitiker Werner Lohn über ihre Eindrücke.**

## Plötzlich ganz kleinlaut

*Es war schon peinlich. Das plötzliche Schweigen im Landtag. Die Sprachlosigkeit der Innenpolitiker – nein, nicht einer Fraktion, sondern aller Fraktionen – und die des Innenministers. Von einem „schwarzen Tag für die Demokratie“, von einem „Anschlag auf die Verfassung“ hatten die Politiker gesprochen. Aber als im Innenausschuss der Bericht zum Duisburger Flaggenstreit präsentiert wurde, waren alle plötzlich ganz kleinlaut. Fanden sie nicht die Worte, um sich bei den Duisburger Polizeibeamten für deren ungerechtfertigte Vorverurteilung zu entschuldigen.*

*Inzwischen ist das anders. Inzwischen finden Innenpolitiker aller Fraktionen Worte der Anerkennung für die Arbeit der Polizei. In der „Aktuellen Stunde“ des Landtags über den brutalen Überfall von Rechtsextremisten auf die 1.-Mai-Demo des DGB war das so. Allen parteipolitischen Nickeligkeiten einzelner Abgeordneter zum Trotz.*

*Für die Polizei ist das wichtig. Die Polizisten müssen sich darauf verlassen können, dass die Politik hinter ihnen steht, wenn sie die demokratischen Grundrechte verteidigen. Und sie müssen wissen, dass der Staat sie nicht im Stich lässt, wenn sie selbst Opfer politisch motivierter Kriminalität werden. Deshalb darf die Politik die Forderung der GdP nach Einführung einer Mindeststrafe für Gewalttätigkeiten gegen*

*über Polizisten nicht beiseite schieben. Denn Angriffe auf Polizisten sind kein Kavaliersdelikt, das man mit wenigen hundert Euro abtun kann. Sondern sie sind ein Angriff auf unsere Demokratie, und auf diejenigen, die jeden Tag für diese Demokratie ihre Knochen hinhalten.*

*Deshalb ist jetzt die Politik am Zug. Wenn ihr Bekenntnis für die Polizei kein Lippenbekenntnis ist, wenn es den Parteien wirklich Ernst gemeint ist mit ihrem Bekenntnis, dass Polizeibeamte wirksam vor Gewaltübergriffen geschützt werden müssen, dann müssen sie handeln. Dann muss Nordrhein-Westfalen eine Gesetzesinitiative in den Bundesrat einbringen. Jetzt.*



Foto: Bert Bützke

**GdP-Vorsitzender Frank Richter fordert die Einführung einer Mindeststrafe bei Gewalt gegen Polizeibeamte.**

*Fortsetzung von Seite 1*

tion begleitet hatten, unverzüglich schützend vor die Teilnehmer der Mai-Demonstration gestellt hatten. Dabei waren fünf Polizeibeamte verletzt worden. Zudem hat Richter darauf aufmerksam gemacht, dass es der Polizei in Dortmund trotz zunächst geringer Kräfte gelungen ist, mehr als 400 Rechtsextremisten vorübergehend festzusetzen und deren Personalien aufzunehmen. „Das ist ein Erfolg gegen die rechte Szene, den man nicht hoch genug einschätzen kann“, erklärte Richter. Durch den besonnenen Kräfteinsatz sei es der Polizei in Dortmund – anders als bei den Mai-Krawallen in Berlin – zudem gelungen, in der Dortmunder Innenstadt ein Scherbenmeer zu verhindern. Das zeige, dass die Polizei in NRW in der Lage ist, auch schwierige Einsatzlagen erfolgreich zu bewältigen.

Für die GdP ist die politische Debatte über den Überfall auf die DGB-Demonstration damit nicht beendet. Sie fordert als Konsequenz aus den Dortmunder Ereignissen die Einführung einer Mindeststrafe bei gewaltsamen Übergriffen auf Polizeibeamte. Es sei nicht hinnehmbar, erklärte der GdP-Vorsitzende Richter, das Übergriffe auf Polizeibeamte von den Gerichten als Kavaliersdelikte gehandelt würden. „Eine Geldstrafe von wenigen einhundert Euro reicht zur Abschreckung nicht aus. Wer mit Gewalt gegen Polizeibeamte vorgeht, muss wissen, dass ihm eine Mindeststrafe von sechs Monaten Haft droht“, fordert Richter. Auch das werde die rechte Szene nachhaltig schwächen.

Auf dem „Forum Kriminalpolitik“ der GdP Anfang Mai in Düsseldorf hatte Richter zudem darauf hingewiesen, dass sich Aufmärsche rechtsextremistischer Gruppen auf Dauer nicht dadurch verhindern lassen, dass die Polizei vor Ort nicht über genügend Kräfte verfügt, um den rechten Aufmarsch vor Gegendemonstranten zu schützen. Dieses Argument könnte sich langfristig auch gegen Demonstrationen für demokratische Ziele richten, warnte Richter. „Ein juristisch sauberer Weg wäre es, das Versammlungsrecht so zu verändern, dass Demonstrationen verboten werden können, wenn sie der Verherrlichung oder Verharmlosung des Nationalsozialismus dienen.“ Das würde auch die Polizei aus der politischen Schusslinie bringen. Denn auch für die Polizeibeamten ist es ein Problem, dass sie rechtsextremistische Demonstrationen schützen müssen, solange deren Veranstaltung nicht wegen Verfassungswidrigkeit verboten ist.



# Gewalt von Rechts – Herausforderung für Polizei und Gesellschaft

**In den vergangenen Jahren haben sich Auftreten und Strategie rechts-extremistischer Gruppen in der Öffentlichkeit grundlegend gewandelt. Während sich die extreme Rechte früher bei Demonstrationen weitgehend gesetzeskonform verhielt, sucht sie heute bei Aufmärschen gezielt die Konfrontation mit Gegendemonstranten und der Polizei. Wie Polizei und Gesellschaft die zunehmende Gewalt von Rechts eindämmen können, war Thema des „Forum Kriminalpolitik“ des GdP-Landesbezirks am 7. Mai in Düsseldorf. Ein Ziel, das durch den brutalen Überfall von Rechtsextremisten auf die 1.-Mai-Demo des DGB in Dortmund kurz vor Veranstaltungsbeginn zusätzlich an Brisanz gewonnen hat.**

In Dortmund hat sich eine neue Qualität rechtsextremistischer Gewalt gezeigt, einen vergleichbaren Überfall auf die Teilnehmer einer 1.-Mai-Demonstration hat es in der Bundesrepublik bisher nicht gegeben. Trotzdem setzt der Dortmunder Überfall nur einen bereits seit Jahren zu beobachtenden Trend zu zunehmender Gewalt von Rechts fort – in dieser negativen Einschätzung waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Forum Kriminalpolitik“ der GdP einig.

3349 Fälle politisch motivierter Kriminalität von Rechts hat es im vergangenen Jahr in NRW gegeben. Mehr als die Hälfte davon entfiel auf Propagandadelikte, wie zum Beispiel das Verwenden nationalsozialistischer Symbole. Dennoch gibt es in den letzten Jahren nicht nur bei Propagandadelikten einen deutlichen Anstieg der Kriminalität von Rechts, sondern in allen Bereichen, auch bei der Gewaltkriminalität, wie jüngste Zahlen des Landeskriminalamtes belegen (siehe Grafik Seite 4). Dieter Kretzer, Leiter des Staatsschutzes im LKA Nordrhein-Westfalen, warnte deshalb auf dem GdP-Forum ausdrücklich davor, kleinere Delikte zu verharmlosen, nur weil deren Aufklärungsquote relativ niedrig ist. „Sachbeschädigung aus politischer Motivation ist kein Bagatelldelikt“, erklärte Kretzer. Die Polizei müsse deshalb bei kleineren Delikten effizienter einschreiten.

Sorge bereitet den Staatsschützern vor allem der seit 2004 zu beobachtende grundlegende Wandel der rechten Szene. Wurde das öffentliche Auftreten der Rechten in der Vergangenheit vor allem von der NPD und ihnen nahestehenden Organisationen geprägt, gelten Springerstiefel heute als Tabu. Der Grund: Das martialische Auftreten früherer Jahre hat-

te zu einer starken Ablehnung der extremen Rechten in der Öffentlichkeit geführt. „Heute wird die Szene durch autonome Nationalisten geprägt, die NPD spielt fast keine Rolle mehr“, charakterisiert Norbert Sperling, Rechtsextremismusexperte der Kreispolizeibehörde Recklinghausen, die jüngste Entwicklung.

In Auftreten, Erscheinungsbild und Aktionsformen haben die autonomen Nationalisten linke autonome Gruppen kopiert, zum Teil bis in die Verwendung einzelner Symbole hinein. Rein äußerlich sind sie von Linksautonomen oft kaum zu unterscheiden, was zu erheblichen Problemen für die Polizei führt, wenn sie Rechte und Linke bei Demonstrationen trennen will, wie Polizeiführer von Ein-

satzhundertschaften während des „Forums Kriminalpolitik“ aus eigener Erfahrung berichteten. Noch wichtiger als der Wandel des äußeren Erscheinungsbildes der Rechten ist deren zunehmende Gewaltbereitschaft. „Gewalt bei Versammlungen ist für Rechte kein Tabu mehr“, hat Rechtsextremismusexperte Sperling beobachtet. Das gelte auch für das Verhalten gegenüber der Polizei. „Polizei und Presse werden von den Rechten als Gegner gesehen.“ Sie schützen in deren Augen das herrschende System und dürften deshalb angegriffen werden.

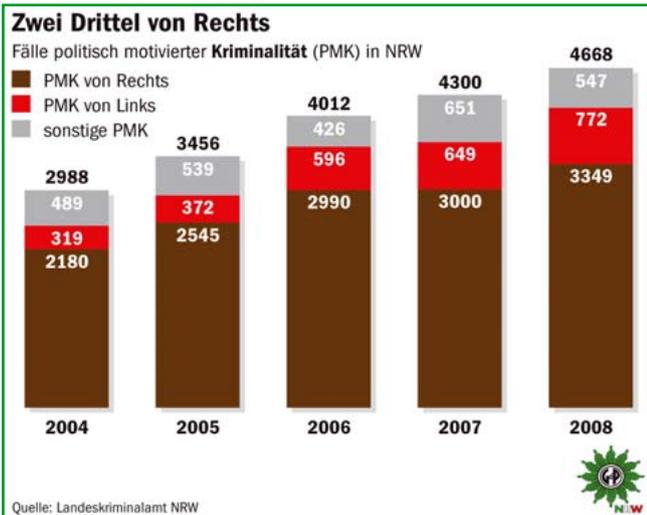
Parallel mit dem Erscheinungsbild haben die Rechten auch Themenfelder der linken Szene übernommen. Zu Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit sind in den vergangenen Jahren Forderungen nach einer Zerschlagung des Kapitalismus und die Ablehnung des Staates und seiner Institutionen hinzugekommen, stellt Sperling fest. Eine These, die auch von den anderen Referenten des „Forum Kriminalpolitik“ geteilt wurde. Für den Sozialwissenschaftler und Publizisten Christian Dornbusch vom Verein „Argumente und Kultur gegen Rechts“, gab es in den letzten Jahren „einen deutlichen

→ Seite 4

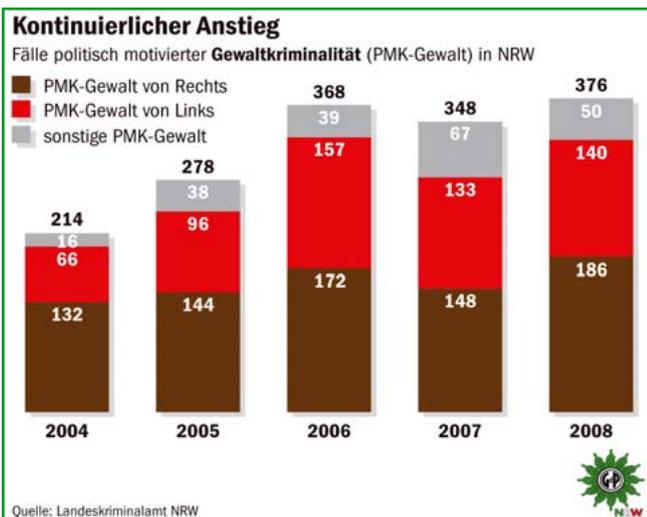


Foto: Manfred Vollmer

**Bei der ersten Veranstaltung des neuen „Forum Kriminalpolitik“ der GdP haben Polizeibeamte aus dem Bereich Kriminalpolizei und Staatsschutz, dem Wach- und Wechseldienst sowie den Einsatzhundertschaften, die häufig Demonstrationen begleiten, über Strategien gegen die wachsende Gewalt von Rechts diskutiert.**



In den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl der politisch motivierten Straftaten in NRW um mehr als 50 Prozent gestiegen, von 2988 Straftaten 2004 auf 4668 Straftaten 2008. Mehr als zwei Drittel davon entfallen auf das rechte Spektrum.



Auch im Bereich der politisch motivierten Gewaltkriminalität hat es in den vergangenen Jahren einen deutlichen Anstieg gegeben, von 214 (2004) auf 376 Straftaten (2008). Ein erheblicher Teil der Taten geht auf Rechts-Links-Konfrontationen zurück: 2008 wurden 70 Prozent der von Linken begangenen Gewaltkriminalität gegen Rechte verübt. Bei Gewaltkriminalität von Rechts entfielen 40 Prozent aller Straftaten auf Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner.

Fortsetzung von Seite 3

Trend weg von der herkömmlichen, parteiförmig organisierten Rechten, hin zu einem stark eventorientierten Rechtsextremismus“. Die Zugangsmöglichkeiten junger Menschen zur neuen „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ sei bewusst niederschwellig angelegt. Über Sommerfeste, kostenlos verteilte CDs mit rechter Musik, über das Internet und zum Beispiel die Verteilung von WM-Planern würden gezielt Jugendliche und junge Erwachsene angesprochen, die Spaß und Kontakte zu Gleichaltrigen suchen, ohne selbst rechtsextrem eingestellt zu sein. Wer tiefer einsteigen will, für den gibt es attraktive Freizeitangebote und gemeinsame Konzerte. Der Zugang zu diesem Teil der rechtsextremen Erlebniswelt bleibe allerdings Szeneangehörigen vorbehalten: „Nur, wer über Kontakte verfügt, erfährt per SMS oder über eine Telefonkette, wo und wann ein Konzert am Ende wirklich stattfindet.“ Selbst politische Aufmärsche werden von den Rechten durch Freizeitangebote aufgewertet. Rechte Demos werden so zum Event, zu einem ganzheitlichen Erlebnis.

Dornbusch macht die etablierten Parteien und die Gewerkschaften mit dafür verantwortlich, dass es den Rechten gelungen ist, bei Jugendlichen verstärkt Fuß zu fassen. „In manchen Landstrichen sind sie die einzigen, die sich überhaupt um Heranwachsende kümmern.“ Ihr eventorientierter Zugang erkläre zudem, warum die neue Form des Rechtsextremismus für Jugendliche und junge Erwachsene wesentlich attraktiver ist, als die herkömmliche, parteiförmige extreme Rechte. Eine These, die sich auch der GdP-Vorsitzende Frank Richter anschloss. „Gewerkschaften haben zu sehr auf ihre Mitglieder geschaut und sich zu sehr auf die Durchsetzung von Tarifabschlüssen konzentriert. Dabei haben wir unsere gesellschaftspolitische Funktion vernachlässigt“, räumte Richter ein. Zugleich warnte der GdP-Vorsitzende, den Blick auf den gewaltbereiten Teil der extremen Rechten zu begrenzen. „Rechtes Gedankengut ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Es gibt inzwischen ganze Stadtteile, die Sympathie mit der rechtspopulistischen Initiative ‚Pro Köln‘ bekunden. Das gilt nicht nur für Dumpfbäcker, sondern auch für Intellektuelle. Auch von hier geht eine enorme Gefahr für die Demokratie aus.“

Das „Forum Kriminalpolitik“ wird in den kommenden Jahren als neue Veranstaltungsreihe des Landesbezirks NRW mit wechselnden Themen fortgeführt.

## Praxisgebühr bei Beamten zulässig

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass auch Beamte und ihre beihilfeberechtigten Familienangehörigen bei Arztbesuchen die Praxisgebühr zahlen müssen. Aus der Sicht des höchsten Verwaltungsgerichts ist die Zahlung der Praxisgebühr von 10 Euro pro Quartal mit höherrangigem Recht vereinbar. Eine Verletzung der Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber seinen Beamten liegt nicht vor.

Mit dieser Entscheidung verwarf das Bundesverwaltungsgericht zwei anders lautende Urteile des Oberverwaltungsgerichts Münster.

Vor dem Hintergrund dieser höchstrichterlichen Entscheidung kürzt das Land Nordrhein-Westfalen bei den Beamten die Beihilfe für ambulante Behandlungen weiterhin grundsätzlich um 10 Euro pro Quartal.

Anzeige

**Profitieren Sie von Ihrem Berufsstand! Senken Sie Ihre Belastung!**

TOP-Konditionen für Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst für private Anschaffungen/als Entschuldungsprogramm

Mit Festzinsgarantie über 12, 15 oder 20 Jahre; ab 5,50%, eff. 5,88% schnelle Abwicklung; bis 80.000 Euro

Beamtenwirtschaftsservice

Alfred Jaeger

Hermann-Löns-Weg 12

51580 Reichshof

Tel.: 0 22 96-90 87 28

Fax: 0 22 96-90 89 60

E-Mail: alfred-jaeger@t-online.de



# Lehrpläne müssen auf den Prüfstand

Mit dem Beginn des Studienjahres 2009 wurden in den zehn Einstellungs- und Ausbildungsbehörden der Polizei in NRW 1100 junge Kolleginnen und Kollegen in den Polizeidienst eingestellt. Der eigens dafür konzipierte Bachelor-Studiengang an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) hatte erst kurz vor Studienbeginn die Akkreditierung erhalten. Das Studium selbst muss deshalb zeigen, ob bei der Konzeption des neuen Studienganges der Spagat zwischen Theorie und Praxis gelungen ist. Das gilt auch für die Hürden des neuen Studienganges: die Klausuren.

Die Klausuren des Bachelor-Studienganges sind Prüfungen, die bestanden werden müssen, zumindest im zweiten Versuch. Die erste Klausur des 2009er-Studienganges haben nach Informationen der GdP im Grundlagenmodul 259 Studentinnen und Studenten schlichtweg „versemmelt“. Sie mussten deshalb eine Wiederholungsklausur schreiben. Wer auch diese Prüfung nicht besteht, ist, so besagen das die gesetzlichen Bestimmungen, aus dem Polizeidienst zu entlassen.

Die hohe Zahl von nicht ausreichenden Leistungen bereits in der ersten Prüfung hat die GdP alarmiert. Der Landesbezirk hat umgehend mit Entscheidungsträgern aus dem Innenministerium und der Fachhochschule Gespräche geführt. Die Frage nach den Ursachen der hohen Durchfallerquote konnte noch nicht überzeugend beantwortet werden. Fest steht aber bereits jetzt, dass am Curriculum des Bachelor-Studienganges Korrekturen vorgenommen werden müssen. Diese Forderung der GdP wird gestützt durch mehrere Schreiben der Studierenden und der Jugend- und Auszubildendenvertretung.

Auch wenn die abschließende Durchfallerquote des ersten Studienjahrganges nach der Wiederholungsprüfung niedriger

liegen dürfte, können sich die Verantwortlichen nicht zurücklehnen. Die Probleme mit dem Curriculum sind dadurch nicht vom Tisch. Die GdP wird deshalb auch in Zukunft den Vertretern des Innenministeriums und der FHöV ihre Erfahrungen offen darlegen, denn die Studierenden dürfen nicht zu Opfern des neuen Studienganges Polizeivollzugsdienst werden. Deshalb müssen die Erfahrungen und Erkenntnisse des ersten Studienjahrganges systematisch ausgewertet und erkannte Schwachstellen beseitigt werden. So weit das erforderlich ist, müssen die entsprechenden Korrekturen auch während des bereits laufenden Studiums vorgenommen werden. Zudem ist es aus Sicht der GdP überfällig, dass endlich die künftigen Tutoren in den Behörden ihr Handwerkszeug, wie zum Beispiel den Tutorenerlass und den Erlass über die Prüfung der Praktika, an die Hand bekommen.

Trotz dieser Kritik im Detail bleibt es allerdings dabei, dass die GdP die Einführung des Bachelor-Studienganges an der FHöV als einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Ausbildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst in NRW sieht.

## GdP stellt die Vorsitzenden

GdP-Kollege Alexander („Theo“) Koch vom Polizeipräsidium Münster steht ab Juli an der Spitze der Polizei-Hauptjugend und Auszubildendenvertretung (PHJAV) im Innenministerium. Das haben die Mitglieder des obersten JAV-Gremiums bei der Polizei in der konstituierenden Sitzung der gerade neu gewählten Jugendvertretung beschlossen. Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde die GdP-Kollegin Katrin Haverkamp, PP Duisburg gewählt. Weitere GdP-Mitglieder in der PHJAV sind Inga Pleger, PP Köln, und Ernst Herget, PP Hagen. Amtsantritt des neuen Gremiums ist der 1. Juli. Bis dahin nimmt der noch amtierende PHJAV-Vorsitzende Alex Prim (GdP) mit seiner Mannschaft die Interessensvertretung im Innenministerium wahr.

In den Polizeipräsidien Münster, Gelsenkirchen, Köln, Duisburg, Hagen, Bielefeld und beim LZPD erfolgt der Wechsel der JAV-Gremien ebenfalls am 1. Juli. In Aachen, Bonn, Düsseldorf und Dortmund haben nach den konstituierenden Sitzungen die GdP-Kolleginnen und Kollegen Stephanie Arning, Maren Uhrmacher, Katharina Stascheit und Steffen Gottschalk bereits die Amtsgeschäfte der dort erstmals gewählten JAV übernommen. Nur in Duisburg fiel der Vorsitz an die DPoIG.

Der GdP-Landesbezirk unterstützt den Einstieg der neu gewählten JAV-Mitglieder mit einem Grundlagenseminar für die Interessenvertretung, das vom 24. bis 25. Juli 2009 in Hattingen stattfindet.



**Mit einer Mahnwache unmittelbar am Rand der Bannmeile des Düsseldorfer Landtags erinnern seit dem 6. Mai Mitglieder des GdP-Bezirks Düsseldorf Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) an sein Versprechen, die Gehälter der Beamtinnen und Beamten im gleichen Umfang zu erhöhen wie das Einkommen der Tarifbeschäftigten. „Rüttgers steht bei den Beamten im Wort“, betonte GdP-Bezirksvorsitzender Heinrich Senkowski am Rande der Mahnwache, „schließlich hat er vor dem Potsdamer Tarifabschluss immer wieder öffentlich erklärt,**

**dass es 2009 kein erneutes Sonderopfer der Beamten geben wird.“ Genau das plant die Landesregierung aber. CDU und FDP verlangen von den Beamten 2009 erneut ein Sonderopfer von 20 Euro je Monat, damit das Land seine Haushaltslöcher stopfen kann. Ein Wortbruch, der das Verhältnis der Polizei zu Ministerpräsident Jürgen Rüttgers massiv belastet. Dass die GdP-Aktion nicht ohne Wirkung geblieben ist, zeigen die Reaktionen führender Finanz- und Innenpolitiker der Koalition, die auf dem Weg zum Landtag an der Mahnwache vorbeigekommen sind: Warum die Beamten in NRW schlechter gestellt werden sollen als zum Beispiel ihre Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein oder Thüringen, konnte keiner von ihnen sagen. Dort wird der Tarifabschluss 1:1 übernommen. Die GdP wird ihre Mahnwache bis zur Verabschiedung der Gesetzesnovelle zur Beamtenbesoldung an jedem Plenumstag des Landtags fortsetzen. Foto: Die Innenpolitiker Karsten Rudolph (SPD) und Werner Lohn (CDU) am Mahnwachen-Zelt der GdP**



# Olpe macht's vor

In den kommenden Jahren wird der Altersdurchschnitt bei der Polizei deutlich steigen. Polizeiwachen, in denen die Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen die 50er-Grenze überschritten haben, werden schon bald keine Seltenheit mehr sein. Selbst dann, wenn das Land die Zahl der Neueinstellungen schrittweise weiter anheben sollte. Die Gestaltung des demografischen Wandels ist deshalb einer der zentralen Herausforderungen für die Personalpolitik bei der Polizei und die Arbeit der GdP.

Wie die GdP mit eigenen Initiativen dazu beitragen kann, dass in den Polizeibehörden nicht nur über den demografischen Wandel geredet wird, sondern dass vor Ort konkrete Ansätze zu dessen Bewältigung entwickelt werden, macht zur Zeit der Kreisverband Olpe vor: Gemeinsam mit Landrat Frank Beckehoff hatte die GdP-Fraktion im Olper Personalrat für den 12. Mai zu einem Gesund-

heitstag bei der Polizei eingeladen und hat damit bei den Kolleginnen und Kollegen offenbar ins Schwarze getroffen: 60 der 200 Bediensteten der Behörde waren der Einladung gefolgt.

Einen Tag lang wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gesundheitstags von Ernährungsberaterin Anke Grasha mit Tipps versorgt, wie sie ihr Ernährungsverhalten auf die spezifischen Anforderungen des Polizeiberufs hin ausrichten können. Einer der Schwerpunkte dabei waren die spezifischen Bedingungen des Schichtdienstes: Wie muss ich mich als Polizeibeamter ernähren, um besser durch die schwierige Nachtzeit zu kommen? Wie kann ich verhindern, dass ich mich ständig müde und schlapp fühle, weil ich den Anforderungen ständig wechselnder Arbeitszeiten nicht mehr so gewachsen bin? Und wie kann ich mein Gewicht halten? So lauteten die Fragen, die sich wie ein roter Faden durch den Gesundheitstag zogen.

Für den Olper Personalratsvorsitzenden Klaus Hochstein ist der Gesundheitstag nur der Startschuss für die Entwick-

lung eines behördeneigenen Gesundheitsmanagements. Hochstein denkt bereits laut über eine Fortsetzung der Tagung nach, diesmal zum Thema Sport. Auch hier soll nicht die Theorie im Vordergrund stehen, sondern praktische Übungen, die jeder sofort nach dem Seminar umsetzen kann.

Auch für den Landesbezirk ist das Gesundheitsmanagement bei der Polizei ein zentrales Thema. Vom 17. bis 19. Juni werden Gesundheitsexperten, Polizeiärzte und Personalverantwortliche über die Veränderungen der Gesundheitsanforderungen bei der Polizei, über aktuelle Erkenntnisse der Schichtdienstforschung und über neue Ansätze für ein Gesundheitsmanagement bei den Polizeibehörden diskutieren. Zu den Referenten der Tagung gehören unter anderem die Geschäftsführerin des Gesundheitsmanagements an der Uni Bielfeld, Dr. Uta Walter, der Hagener Polizeiarzt Dr. Thomas Schleuß und Burkhard Gies, Gesundheitsexperte des Innenministeriums NRW.

Mehr Infos: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

**Geschäftsstelle:**  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)

**Redaktion:**  
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-online.de](mailto:stephan.hegger@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31  
vom 1. Januar 2008

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe  
ist der 5. Juni.**

**GdP-Service GmbH NRW:**  
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-service-nw.de](http://www.gdp-service-nw.de)  
E-Mail: [penguin@gdp-service-nw.de](mailto:penguin@gdp-service-nw.de)

## Die GdP gratuliert zum

### 90. Geburtstag

- 8. 6. Elfriede Wiese, Kall
- 15. 6. Gerda Strunk, Haan
- 26. 6. Otto Langenbach, Kreuztal

### 91. Geburtstag

- 2. 6. Willi Heppener, Düren
- 6. 6. Grete Grünert, Köln
- 17. 6. Katharina Uhlenbruch, Moers
- 23. 6. Heinrich Floer, Steinfurt
- 26. 6. Charlotte Berger, Viersen  
Franz Brandes, Wermelskirchen

### 92. Geburtstag

- 2. 6. Käthe Steinke, Ratingen

### 93. Geburtstag

- 27. 6. Elisabeth Hantke, Aachen
- 29. 6. Walli Helle, Dorsten  
Meinolf Thoene, Paderborn

### 94. Geburtstag

- 10. 6. Hans Fischer, Malchow

- 27. 6. Käthe Prange, Herne
- 28. 6. Edmund Reuber, Dortmund

### 95. Geburtstag

- 8. 6. Hildegard Leinung, St. Augustin
- 13. 6. Wilhelm Blambeck, Oelde
- 16. 6. Josef Müller, Dortmund
- 17. 6. Hubert Häger, Remscheid
- 19. 6. Wilhelm Reuter, Dortmund

### 96. Geburtstag

- 13. 6. Anni Ostermeier, Paderborn
- 14. 6. Elisabeth Dehm, Mülheim
- 15. 6. Frieda Boor, Münster
- 22. 6. Herta Teichmueller, Wuppertal

### 99. Geburtstag

- 7. 6. Richard Lehmann, Remscheid

### 101. Geburtstag

- 20. 6. Hilde Schwark, Wuppertal

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW  
wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



## Neuer NRW-Vertreter

NRW ist kein Küstenstaat, verfügt aber mit dem Rhein über eine der wichtigsten Wasserverkehrsstraßen in Europa. Deshalb ist die Vertretung im Bundesausschuss Wasserschutzpolizei keine unwichtige Entscheidung. Weil der bisherige NRW-Vertreter in dem Gremium, Jörg Sommerfeld, diese Funktion aus dienstlichen Gründen nicht mehr wahrnehmen kann, hat der Landesbezirksvorstand Achim Blömacher als Nachfolger ernannt. Blömacher ist Vorsitzender der Kreisgruppe Wasserschutzpolizei in NRW.

## Moderater Anstieg

Formal hat der Landtag die Anpassung der Beamtgehälter an die Einkommenserhöhung bei den Tarifbeschäftigten noch nicht beschlossen. Trotzdem zahlt das Land im Vorgriff auf die zu erwartende Entscheidung des Landtags bereits seit dem 1. März den Beamtinnen und Beamten höhere Gehälter. Weil der Mitgliedsbeitrag der GdP an die Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst gekoppelt ist, hat der Landesbezirk die Mitgliedsbeiträge für beruflich aktive Mitglieder ebenfalls moderat erhöht. Analog zum Tarifabschluss steigen die Mitgliedsbeiträge durch den Anstieg des Sockelbetrags (0,5 Prozent) und der anschließenden Tarifsteigerung (3,0 Prozent) ebenfalls um gut 3,5 Prozent. Die Anpassung der Mitgliedsbeiträge für Rentner und Hinterbliebene erfolgt erst mit der nächsten gesetzlichen Rentenanpassung.

## Vollmers Blick

Seit Jahren gehört Manfred Vollmer als sensibler Beobachter zu einem der intimen Kenner des GdP-Landesbezirks. Sein dokumentarischer Blick auf eine Vielzahl politischer Veranstaltungen hat das Bild mitgeprägt, das die GdP nach außen abgibt. Doch Vollmer ist nicht nur ein langjähriger Begleiter der GdP, sondern auch ein Kind des Ruhrgebietes. „Ruhrgebiet. In Echt! No kidding!“ heißt sein neuer, gemeinsam mit Wolfgang Berke (Text) herausgegebener Bildband. Vollmer porträtiert darin Deutschlands größtes Ballungsgebiet mit Ecken und Kanten. Als eine Landschaft, die längst mehr ist als Malochen und Kohle, als Fußball und Currywurst. (Klartext-Verlag, 19,95 Euro).

## Wir sind die GdP



Acht Jahre lang, zwei volle Wahlperioden, haben Dieter Gier (70) und Klaus Dyba (68) an der Spitze des Landesseniorenvorstandes der GdP gestanden – auf der nächsten Landesseniorenkonferenz, am 13. Oktober in Münster, wollen sie ihr Amt für Jüngere freimachen. Wer die beiden fragt, welche Spuren sie in den acht Jahren in der GdP hinterlassen haben, hört immer ein Wort: APS. Die Ansprechpartner für die Seniorenarbeit in der GdP. „Früher, vor dem Aufbau des APS-Netztes, sind viele Mitglieder aus der GdP ausgetreten, wenn sie die Altersgrenze erreicht haben“, erinnert sich Dieter Gier. „Heute ist das anders“. 130 APS-Aktive gibt es in ganz NRW. Sie kümmern sich um alle Fragen, die ältere GdP-Mitglieder nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben haben. Von der Krankenkasse bis zur Beihilfe, von der Hilfestellung beim Schriftverkehr mit den Behörden bis zur Beratung über Vorsorgeverfügungen, wie zum Beispiel Patientenverfügungen. Auch Krankenbesuche gehören mit zum Konzept. Unterstützt werden die APS-Aktiven durch ein enges informelles Netzwerk. Es gibt eigene APS-Seminare und sogar einen APS-Ordner mit den wichtigsten Handreichungen.

Weiterer Schwerpunkt der Seniorenarbeit in der GdP sind die regelmäßigen Treffen. Nicht nur zum Erfahrungsaustausch, sondern in vielen Kreisgruppen auch mit einem abwechslungsreichen Programm. Mit politischen Vorträgen oder auch schon mal mit einem Ausflug. Selbst weite Fahrten gehören mit dazu. Ende Mai ist gerade erst die 6. Landesseniorenfahrt der GdP zu Ende gegangen. Über 100 ältere GdP-Kolleginnen und -Kollegen waren zwei Wochen gemeinsam in Andalusien unterwegs.

## GdP aktiv

- 8. – 10. 6.**, Fachseminar für die Bereitschaftspolizei NRW, Lennestadt
- 15. 6.**, 19.00 Uhr, GdP-Kino-Abend, Lünen und Paderborn
- 17. – 19. 6.**, Seminar „Gesundheitsmanagement bei der Polizei“, Wildberger Hütte/Oberbergisches Land
- 22. 6.**, 19.00 Uhr, GdP-Kino-Abend, Hürth
- 23. 6.**, 14.00 Uhr, Jahreshauptver-

- sammlung der Kreisgruppe Köln, Polizeipräsidium Köln, Forum1/2
- 24. 6.**, 15.30 Uhr, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Autobahnpolizei/Verkehr Köln, Autobahnpolizeiwache Frechen, A4, Fahrtrichtung Köln, Rastplatz Frechen, Anmeldung: Heribert Wilden 02 21/2 29 64 55
- 24. 6.**, 16.00 Uhr, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Kleve, Hotel Litjes, Goch



## Lieblingsplatz gesucht



Noch vier Wochen, dann beginnen die Sommerferien. Für Kinder von GdP-Mitgliedern, die mit ihren Eltern wegfahren, hat die GdP-Service GmbH einen Fotowettbewerb ausgeschrieben: Gesucht wird „Mein Lieblingsplatz im Urlaubsort“.

Beteiligen an dem Fotowettbewerb dürfen sich auch jüngere Kinder, wenn ei-

ne Einverständniserklärung der Eltern vorliegt. Für die zehn besten Fotos winken tolle Preise. Der Sieger erhält zwei Tage freien Eintritt für zwei Kinder und zwei Erwachsene im Europa-Park Rust, einschließlich einer Übernachtung im Erlebnishotel El Andaluz und Taschengeld. Für den Zweitplatzierten gibt es zwei Tage kostenlosen Eintritt ins Phantasialand bei Brühl, ebenfalls für zwei Kinder und zwei Erwachsene. Der Drittplatzierte darf kostenlos in den Movie Park in Bottrop. Ein-schließlich einer Übernachtung im Erlebnis-hotel El Andaluz und Taschengeld. Für den Zweitplatzierten gibt es zwei Tage kostenlosen Eintritt ins Phantasialand bei Brühl, ebenfalls für zwei Kinder und zwei Erwachsene. Der Drittplatzierte darf kostenlos in den Movie Park in Bottrop. Ein-schließlich einer Übernachtung im Erlebnis-hotel El Andaluz und Taschengeld.

Mehr Infos zum Fotowettbewerb „Mein schönstes Urlaubsfoto“ stehen in der „Sternzeit“ oder können per Mail unter e.humberg@gdp-service-nw.de angefordert werden.

## Beihilfe auf dem neuesten Stand

Für Beamtenvertreter ist der von Karl-Heinz Mohr und Horst Sabolewski herausgegebene Kommentar zum „Beihilferecht Nordrhein-Westfalen“ so etwas wie ein grundlegender Orientierungsfaden. Jetzt liegt die 76. Ergänzungslieferung der fast 3000 Seiten starken Loseblattsammlung vor. Sie enthält eine umfassende Kommentierung der zuletzt im Juni 2008 geänderten Beihilfeverordnung sowie eingehende Erläuterungen der neuen Bestimmungen für Pflegefälle. Zudem sind in dem Werk die Verwaltungsvorschriften zur Beihilfeverordnung und die das Beihilferecht ergänzenden Bestimmungen abgedruckt, wie z. B. das Gesetz über den Versicherungsvertrag und das Versicherungsaufsichtsgesetz. Der im Verlag Reckinger erscheinende Kommentar kostet 168 Euro, als Fortsetzungsbestellung 128 Euro.

## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Bielefeld

3. Juni, Fahrradtour zum Bähnischsee, Treffpunkt/Abfahrt: 10.00 Uhr, Gaststätte zum Gröppel

### Kreisgruppe Euskirchen

18. Juni, ganztägiger Ausflug der Seniorengruppe, Infos und Anmeldung: Willi Marx, Tel. 0 22 51/5 22 31

### Kreisgruppe Gelsenkirchen

3. Juni, 14.00 Uhr, Treffen der Seniorengruppe, Kantine des Polizeipräsidiums, Anmeldung: 02 09/3 65 30 03

### Kreisgruppe Minden-Lübbecke

9. Juni, 15.00 Uhr, Treffen der Seniorengruppe mit Wahl des Vorsitzenden, Johanniskirchhof, Minden

### Kreisgruppe Köln

18. Juni, 14.00 Uhr, Jahreshauptversammlung der Seniorengruppe mit Vorstandswahl, Pfarrsaal St. Georg

### Kreisgruppe Wuppertal

9. Juni, 14.30 Uhr, Vortrag VK-Vorbeugung, Polizeiwache Wuppertal-Langerfeld, Schwelmer Str. 15a

## Werbeaktion 2009

### Glücksnummern des Monats

45 9702 Jörg Dröge, Ennepe-Ruhr  
45 12828 Silke Schulke, Bonn  
45 47801 Peggy Walther, Düsseldorf  
45 16951 Lena Escher, Bielefeld

**Die Gewinner erhalten einen Funkwecker Prestige**

## NACHRUF

Arndt, Elisabeth	12. 8. 1913	Bochum	Krommes, Karl-Heinz	14. 5. 1928	Wuppertal
Bayertz, Heinrich	17. 5. 1921	Düsseldorf	Krumbach, Erich	6. 4. 1921	Köln
Beck, Elise	4. 11. 1916	Bottrop/Gladbeck	Liebrecht, Maria	30. 8. 1925	BZ Neuss
Benter, Anneliese	29. 3. 1932	Duisburg	Lösken, Heinz	5. 7. 1923	Duisburg
Beythien, Horst	2. 4. 1928	Wuppertal	Luce, Elisabeth	15. 1. 1925	Lippe
Bode, Heinz	30. 4. 1926	Hamm	Ney, Berta	8. 9. 1909	Solingen
Bösch, Heinz	22. 3. 1915	Mönchengladbach	Pick, Elfriede	19. 6. 1921	Köln
Diekmann, Lieselotte	20. 4. 1920	Recklinghausen	Preuß, Ursula	17. 5. 1923	Recklinghausen
Hagen, Hans Peter	30. 11. 1930	Bonn	Riedel, Heinz-Dieter	28. 6. 1940	Wuppertal
Hoffmann, Roland	13. 11. 1951	Gelsenkirchen	Scheinart, Bodo	17. 3. 1938	Münster
Hoinka, Dieter	15. 12. 1956	Düsseldorf	Schirmmacher, Helmut	6. 5. 1923	Bielefeld
Homberts, Horst	19. 9. 1946	Düsseldorf	Vinke, Edmund	10. 8. 1922	BR Detmold
Jennes, Theo	6. 9. 1926	Heinsberg	Weber, Walter	13. 4. 1917	Siegen
Kellner, Ernst	22. 7. 1919	Wesel	Witte, Albert	5. 12. 1916	Krefeld
Kloppenburger, Harald	30. 12. 1976	Mönchengladbach	Wrobel, Günter	27. 10. 1920	Duisburg
Korries, Jutta	5. 1. 1939	Hagen	Würtz, Heinrich	16. 7. 1928	Düren
Kottsieper, Josef	11. 4. 1913	Essen	Zimmermann, Hans-Jürgen	7. 7. 1933	Münster
Kramer, Elisabeth	25. 6. 1920	Köln			

